

VORWÄRTS EXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

DIE STUNDE DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

„die soziale Demokratie ... sichert die gleichberechtigte soziale Teilhabe aller durch gesellschaftliche Demokratisierung, vor allem Mitbestimmung, durch den auf Bürgerrechte gestützten vorsorgenden Sozialstaat und durch eine koordinierte Marktwirtschaft, in der der Vorrang der Demokratie vor den Märkten gewährleistet ist“ – so steht es in unserem Hamburger Grundsatzprogramm.

In anderen Worten: Die soziale Demokratie garantiert die Souveränität unserer Demokratie vor den Interessen des Marktes. Und genau darum geht es in dieser gigantischen Finanzkrise, die wir weltweit erleben; es geht längst nicht mehr nur um das Vertrauen in den Kapitalmarkt und in die Finanzmärkte allein. Es geht auch um das Vertrauen in die Gestaltungskraft unserer Demokratie.

Die Großmanager des globalisierten Geldmarkts haben versucht, die Politik demokratisch gewählter Regierungen ihrer Disziplin zu unterwerfen. Man wollte den Menschen glauben machen, das



Gemeinwesen funktioniert, wenn nur die Interessen der Kapitalverwertung gewahrt werden – bis hin zu der Behauptung, die Finanzmärkte seien viel effektiver für mehr Wohlstand und Wachstum. Demokratie wurde dagegen vielfach auf störende Bürokratie reduziert. Es galt die fatale Philosophie, nach der das Börsenparkett die Politik schneller und wirkungsvoller kontrollieren könne als die Wählerschaft alle vier oder fünf Jahre.

Nun erleben wir die dramatischen Auswirkungen dieser gefallenen Weltanschauung. Es geht jetzt darum, dass aus der Krise des globalen Kapitalismus nicht auch eine globale Krise der Demokratie wird. Deshalb muss die Bereitstellung der gewaltigen Geldmittel, welche die Demokratien zur Stabilisierung der Finanzsysteme zur Verfügung stellen, an Regularien geknüpft werden, die zur Stabilisierung der Demokratie beitragen und das Vertrauen in demokratische Gestaltungskraft herstellen. Im Sinne und im Dienste unserer sozialen Demokratie braucht es jetzt politische, demokratische Regulierung und Gestaltung der Märkte durch den Staat. Wir können froh und stolz darauf sein, dass Peer Steinbrück als Bundesfinanzminister der SPD auf internationaler wie auf nationaler Ebene in den letzten Wochen kompetent und erfolgreich dafür im Einsatz ist.

Wir können in dieser Krise auch eine Chance sehen. Wir haben jetzt die Chance, die sozialdemokratische Idee einer sozialen Demokratie und eines starken Staates wieder mit Rückenwind nach vorne zu bringen, und zwar auf jeder Ebene. Im Hinblick etwa auf die Europa- und Kommunalwahlen im nächsten Jahr heißt das ganz konkret, uns eindeutig für die Wahrung der öffentlichen Daseinsvorsorge einzusetzen. Wir wollen, dass die Einrichtungen und Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge allen Bürgerinnen und Bür-

gern zu angemessenen Preisen zur Verfügung stehen. Diese zu gewährleisten und zu erbringen ist die Kernaufgabe der Städte und Gemeinden. Grundversorgung darf nicht zur Ware werden, sondern erfordert demokratische Kontrolle. Und deshalb lehnen wir die Privatisierung kommunaler Dienstleistungen ab!

Gerade angesichts der weltweiten Finanzkrise werden wir dafür streiten, unverzichtbare öffentliche Aufgaben in öffentlicher Hand zu behalten – denn auch dies gehört auch zu einem starken Staat und zu sozialer Demokratie. Ich finde, unser Grundsatzprogramm ist aktueller denn je.

Herzlich,
Eure

Ute Vogt
SPD-Landesvorsitzende

IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

AUS DEM PARTEILEBEN

GEGEN DAS VERGESSEN



In einer Gedenkstunde erinnerte der SPD-Landesverband am Mahnmal auf dem Heuberg an die Opfer der NS-Diktatur. Über 100 Menschen waren gekommen, um der Regimegegner, die ab März 1933 bei Stetten am kalten Markt im Konzentrationslager inhaftiert wurden, zu gedenken. „Nur wer die Geschichte kennt, kann aus ihr lernen“ sagte die SPD-Landesvorsitzende Ute Vogt zu Beginn. „Erinnern ist gerade deshalb wichtig, weil sonst in Vergessenheit gerät, wie sehr die Demokratie hat erkämpft werden müssen.“ Das KZ-Mahnmal auf dem Heuberg wurde vor 25 Jahren durch den SPD-Landesverband eingerichtet. Herta Däubler-Gmelin hatte damals die Projekt-Gruppe initiiert, die die Geschichte des Konzentrationslagers aufarbeiten sollte. „Wir wollten an die Lebensgeschichte derer erinnern, die eine Vision hatten und deswegen gequält wurden“, so die Bundestagsabgeordnete. Die Häftlinge waren 1933 vor allem Abgeordnete, Funktionäre der SPD oder der KPD und viele Leute der Umgebung, die sich gegen die Machtergreifung Hitlers auflehnten.

DREßLER BEI AG 60PLUS



„Die Zukunft des Staates Israel“ lautete der Titel einer Veranstaltung der Arbeitsgemeinschaft 60plus. Referent war der ehemalige Staatssekretär Rudolf Dreßler, der fünf Jahre lang als deutscher Botschafter nach Tel Aviv entsandt war. Dreßler betonte, Leben in Israel bedeute für die Bevölkerung tägliche Bedrohung, keine Anerkennung der Existenzberechtigung und Kampf um den eigenen Staat. Obwohl Israel mit Einschränkungen ohne Palästina existieren könnte, wäre umgekehrt Palästina ohne Israel auf lange Sicht nicht lebensfähig. Trotzdem sei ein lebensfähiger Staat Palästina Garant für die Existenz des jüdischen Staates. „Alle Zeit wird gebraucht, Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen“, so der SPD-Politiker. „Beide Bevölkerungen haben aber keine Zeit zu warten.“

tieren könnte, wäre umgekehrt Palästina ohne Israel auf lange Sicht nicht lebensfähig. Trotzdem sei ein lebensfähiger Staat Palästina Garant für die Existenz des jüdischen Staates. „Alle Zeit wird gebraucht, Lösungen zu erarbeiten und umzusetzen“, so der SPD-Politiker. „Beide Bevölkerungen haben aber keine Zeit zu warten.“

LEIHARBEIT FAIR GESTALTEN

Die IG Metall und die SPD-Landesgruppe haben bereits vor knapp einem Jahr die gemeinsame Initiative für faire Leiharbeit gestartet. Mit dieser Initiative zeigen SPD und IG Metall Geschlossenheit, mit der sie für die Forderung nach einer fairen Entlohnung eintreten. Zusätzlich



hat die IG Metall jetzt ihre Kampagne „Gleiche Arbeit – gleiches Geld“ ins Leben gerufen. Jeder kann jetzt unter www.gleichearbeit-gleichesgeld.de seiner Forderung nach einem fairen Lohn ein Gesicht geben. Auch Mitglieder der SPD-Landesgruppe in der Bundestagsfraktion unterstützen die Initiative. Macht mit!

80 JAHRE LIESEL HARTENSTEIN



Aus Anlass des 80. Geburtstags der langjährigen Bundestagsabgeordneten und Umweltexpertin Liesel Hartenstein hatten sich auf den Fildern mehr als hundert Weggefährten, Freunde und Mitstreiter zu einer Feier versammelt, bei der Erhard Eppler die Festrede hielt. Er sprach über das Thema „Wer bewahren will, muss verändern“, was auch ein politisches Lebensmotto für die Jubilarin gewesen sei. Liesel Hartenstein (links im Bild) war sieben Jahre lang Vizepräsidentin der Enquete-Kommission „Schutz der Erdatmosphäre“. In der Kommunalpolitik sowie als Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Filder e.V. hat sie sich erfolgreich gegen Fluglärmbelastung und für mehr Lebensqualität für die Menschen eingesetzt. ■

Landesparteitag zur Aufstellung der Landesliste zur Bundestagswahl 2009

Samstag, 14. Februar, Stadthalle Singen

Beginn: 10 Uhr

- Begrüßung und Eröffnung
Elvira Drobinski-Weiß, stellvertretende Landesvorsitzende
- Konstituierung
- Einbringung der Landesliste für die Bundestagswahl
Ute Vogt, Landesvorsitzende
- Aufstellung der Landesliste
- Wahl von zwei Teilnehmern zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung für den Wahlvorschlag
- Wahl von zwei Vertrauensleuten für den Wahlvorschlag
- Antragsberatung
- Wahl von Delegierten für die Landesparteitage zur Bundestagswahl
- Schlusswort durch den Spitzenkandidat/die Spitzenkandidatin

Ende: ca. 20 Uhr

TERMINE NOVEMBER 2008

MONTAG, 3.
AGS-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 5.
Regionalparteitag der SPD Region Stuttgart, Waiblingen

FREITAG, 14. – SONNTAG, 16.
FES-Kommunalakademie, Sindelfingen

MITTWOCH, 19.
AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 21.
Präsidium, Stuttgart

ASF-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 22.
Kreisvorsitzendenkonferenz, Stuttgart

„Kompa“-Tag, Stuttgart

SAMSTAG, 22./SONNTAG, 23.
ASJ-Klausurtagung, Herrenberg-Gültstein

MONTAG, 24.
AfA-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 28.
SGK-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 29.
Landesvorstand, Stuttgart

HERZLICHE GLÜCKWÜNSCHE

IM NOVEMBER

ZUM 80. GEBURTSTAG
an Ilse Ballweg in Adelsheim, Edeltraut Bodemer in Rheinstetten, Franz Michael Börcsök in Karlsdorf-Neuthard, Wilma Giesemann in Leonberg, Gottlob Gollmer in Hülben, Peter Goos in Hirschberg, Gerhard Grimm in Obrigheim, Adalbert Grupp in Eisingen, Martin Heckmann in Weinheim, Walter Hofmann in Neckarsulm, Walfriede Höhn in Mannheim, Arnold Hörth in Zell, Hans Kalmbach in Hechingen, Gerhard Kiefer in Mannheim, Erich Klüpfel in Aalen, Horst Mäder in Stuttgart, Heinrich Petri in Igersheim, Annemarie Schroff in Ubstadt-Weiher, Guenter Schultz in Markdorf, Else Seibold in Gäufelden, Irene Senk in Mosbach, Gerhard Stelzer in Stuttgart, Eleonore Stöffler in Bad Liebenzell, Ursula Stoltenburg in Waldkirch und an Oskar Streicher in Ehrenkirchen

ZUM 90. GEBURTSTAG
an Walter Spagerer in Mannheim, Doris Zintz in Stuttgart und an Erna Schillinger in Möggingen

ZUM 95. GEBURTSTAG
an Emma Härdtner in Neckarsulm, Josef Antoni in Karlsruhe und an Franz Forberger in Kressbronn

ZUM 97. GEBURTSTAG
an Matthias Auer in Kirchheim und an Gertrud Abele in Eisingen

ZUM 98. GEBURTSTAG
an August Morast in Bretten

ZUM 50. PARTEIJBILÄUM
an Manfred Frank in Eppingen, Kurt Haas in Weingarten, Erika Kirstein in Stuttgart, Walter Mandel in Weinheim, Richard Menzel in Weinheim, Käthe Michael in Weinheim und an Dieter Sitz in Mannheim

PRIMAT DER POLITIK IM FINANZSEKTOR ZURÜCKEROBERN

Von Christian Lange MdB, Vorsitzender der SPD-Landesgruppe Baden-Württemberg

Wir standen am Abgrund. Der Kollaps des Weltfinanzsystems drohte. Spareinlagen und Arbeitsplätze waren in Gefahr. Unser Finanzsystem hat aber eine unabdingbare Scharnierfunktion für das Funktionieren der gesamten Volkswirtschaft und damit für Wachstum und Beschäftigung. Ein funktionierender Finanzmarkt ist wichtig für alle: für den Altersvorsorgebetreiber und Sparer genauso wie für den Handwerksmeister, der einen Kredit aufnehmen muss.

Um die Konjunktur zu stützen und das Vertrauen in das deutsche Bankensystem zu stabilisieren, hat die Bundesregierung ein Rettungspaket für die Finanzbranche mit einem Volumen von 500 Milliarden Euro beschlossen. Das Übergreifen der Bankenkrise auf die Realwirtschaft soll damit unterbunden werden. Der Staat übernimmt dabei Garantien für Kredite, die sich die Banken untereinander gewähren. Auch sollen die Banken direkte Finanzspritzen zur

Erhöhung ihres Eigenkapitals erhalten. Es besteht dabei kein Anspruch der Banken auf die Hilfsleistungen.

Der Staat wird die Unterstützung zudem an konkrete Auflagen koppeln. So müssen Banken damit rechnen, dass der Bundesfinanzminister Vorgaben zur Geschäftspolitik macht. Auch die Managergehälter sollen dabei beschränkt werden. Als Mitglied der Koalitionsarbeitsgruppe „Managergehälter“ begrüße ich die Begrenzung der Gehälter jener Bankmanager, deren Bank staatliche Unterstützung in Anspruch nehmen muss. Diese Auflage ist im Rahmen des Rettungspaketes zeitlich befristet bis Ende 2009. Es eröffnet uns aber die Chance, gegen die Blockadehaltung der CDU sozialdemokratische Politik in Sachen Managergehälter insgesamt für alle börsennotierte Unternehmen durchzusetzen. Wir brauchen am langfristigen Unternehmenserfolg orientierte Anreize und eine Begrenzung des Betriebsausgabenabzugs bei Spitzengehältern.

Außerdem brauchen wir neue „Verkehrsregeln“ an den internationalen Finanzmärkten, um derartige Entwicklungen in Zukunft zu verhindern. Das Primat der Politik müssen wir im Finanzsektor wieder zurückerobern. Wir brauchen eine stärkere, abgestimmte Regulierung auf internationaler Ebene. Es muss verhindert werden, dass Risiken außerhalb der Banken-Bilanzen platziert werden können. Die Banken müssen eine größere Liquiditätsvorsorge treffen. Die verantwortlichen Finanzmarktakteure müssen stärker in persönliche Haftung für ihre Geschäfte genommen werden. Das Renditestreben muss zugunsten von mehr Risikogewichtung zurückgedrängt werden. Die internationalen Gremien, wie das Forum für Finanzstabilität (FSF) und der IWF, sollten enger vernetzt werden. Spekulative Leerverkäufe müssen auf internationaler Ebene ganz verboten werden. Die Banken sollen bei Verbrieferung bis zu 20 Prozent des Risikos in den eigenen Büchern halten müssen.



Schließlich bedarf es einer europäischen Harmonisierung der Banken- und Finanzmarktaufsicht. Dies haben wir gegen den Widerstand aus den USA und Großbritannien bisher auf internationaler Ebene und auf nationaler Ebene gegen die CDU nicht durchsetzen können – jetzt ist die Chance da! ■